

KLIMAWANDEL IN KENIA: „ES GIBT NOCH VIEL ZU TUN.“

|| Robert Kibugi im Interview

Die Hanns-Seidel-Stiftung hat Dr. Robert M. Kibugi, einem kenianischen Umweltrechtler, einige Fragen zu Umweltpolitik, Gesetzesentwürfen, Maßnahmen und Herausforderungen in Kenia bei der Anpassung an den Klimawandel gestellt. Das Interview fand am 05.10.2015 statt.

Dr. Kibugi, was meinen Sie, wird Kenias Beitrag bei der diesjährigen Klimakonferenz in Paris, der COP 21, sein?

In erster Linie wird es einen Bericht über die Ergebnisse von Kenya's „Intended Nationally Determined Contribution“, den INDCs, geben; und (hoffentlich) die Ankündigung über die Verabschiedung der neuen Klima-Gesetzgebung.

Anpassung an den Klimawandel ist eine nationale Priorität. Erhält das Thema, Ihrer Meinung nach, die Aufmerksamkeit und Finanzierung, die es verdient bzw. die nötig sind?

Ich glaube, dass das Thema ausreichend Aufmerksamkeit bekommt, wenn man bedenkt, dass die Priorisierung einer "kohlenstoffarmen und klimaresistenten Entwicklung" Teil der nationalen Klimapolitik ist. Für die Finanzierung braucht es allerdings Klarheit über Funktionen und Umsetzungsmodalitäten. In dem neuen Gesetzesentwurf und der Strategie wird die Aufmerksamkeit vor allem auf das Mainstreaming der Klimafunktionen gerichtet – und es wird insbesondere das Klima-„proofing“ der sektoralen Funktionen hervorgehoben. Im Rahmen der Finanz- und Haushaltsplanung

Kenias soll das über eine Kodierung der Ausgaben, die für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel geplant sind, im Haushalt erfolgen. Dabei wird der Netto-Wert (der sich aus den realen Kosten für Umweltschutzmaßnahmen ergibt) den geplanten Ausgaben in den Sektoren dem Haushalt hinzugefügt. Durch diese Vorgehensweise sollen Schwerpunktbereiche für Finanzierungen im Klimabereich leichter identifiziert werden und die Verwendung und Effizienz der eingesetzten Mittel besser verfolgt werden können. Durch ein aktives Mainstreaming der verschiedenen Sektoren erwartet man, dass die Budgetierung, Zuweisung und Ausgabeeffizienz der Mittel verbessert wird.



Dr. Robert M. Kibugi ist Dozent an der Fakultät für Umweltrecht beim Centre for Advanced Studies in Environmental Law and Policy (CASELAP) an der Universität von Nairobi/ Parklands Campus.

Der nationale Gesetzesentwurf zum Klimawandel (National Climate Change Bill) ist ein großer Schritt nach vorn in Richtung einer kohlenstoffarmen, klimaresistenten Entwicklung. Welche Auswirkungen wird das neue Gesetz, Ihrer Meinung nach, auf die Bürger haben?

Die Bürger werden in zweierlei Hinsicht betroffen sein. Erstens besteht die Verpflichtung seitens der Regierung, den Klimawandel als ein wichtiges Anliegen für die wirtschaftliche Entwicklung zu berücksichtigen.

sichtigen. Mithin erfolgt eine Priorisierung von Interventionen im Entwicklungsbereich zugunsten klimafreundlicher Initiativen, geleitet durch einen noch zu bildenden Nationalen Klimarat. Zum anderen wird das Mainstreaming der Ausrichtung der Behörden-Funktionen auf nationaler und County-Ebene zu einer besseren Fokussierung auf spezifische Umstände, von denen Menschen direkt betroffen sind, führen. Das gilt insbesondere für den Bereich der Landwirtschaft. Darüber hinaus verlangt der Gesetzentwurf die Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Schließlich gibt es Bestimmungen für Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit, in denen explizit festgelegt wird, wie die Bürger bei der Entscheidungsfindung involviert werden sollen.

Die Verwendung von Holzkohle ist weit verbreitet in Kenia. Die Herstellung von Holzkohle ist für viele ein lukratives Geschäft. Im Hinblick auf die Umweltschäden und den Klimawandel ist die Holzkohleproduktion eher eine Katastrophe. Kann das neue Gesetz hier eine sinnvolle Änderung bewirken?

Leider befasst sich der neue Gesetzentwurf nicht mit Holzkohle, da dies bereits unter dem Forstwirtschaftsgesetz und den Rechtsvorschriften auf County-Ebene geregelt wird (z.B. hat Kitui County 2014 ein Gesetz hierzu erlassen). Allerdings gibt das neue Gesetz Spielraum, innerhalb dessen Auflagen und Pflichten auferlegt werden können. Dazu zählt die Begrenzung der Treibhausgas-Emissionen. Hiervon wird auch die Holzkohleproduktion betroffen sein. Das Thema könnte auch zu einem späteren Zeitpunkt zur Priorität werden, insbesondere wenn es um Landnutzungsmöglichkeiten geht. Ich rechne mittelfristig mit einer Verringerung der Holzkohleherstellung.

Welche Rolle wird die nationale Umweltbehörde NEMA (National Environment Management Authority) nach Verabschiedung des neuen Gesetzes spielen?

NEMA wird in erster Linie die Rolle der Durchsetzung und Einhaltung des Klimaschutzrechts überlassen werden, einschließlich der Treibhausgas-Emissionen, sowie die Überprüfung der Einhaltung der Auflagen und Pflichten.

Werden der Nationale Klimarat und NEMA zusammenarbeiten?

Der Rat wird NEMA als Exekutivorgan übergeordnet sein. NEMA wird den Anweisungen und Richtlinien des Rates folgen, als Ausführungsorgan des Rates fungieren und die Klima-Vorgaben des Rates durchsetzen.

In Anbetracht der beachtlichen Anstrengungen und Investitionen, die Kenia in erneuerbare und umweltfreundliche Energie (z.B. Windanlagen, Solar, Geothermie) steckt, kann Kenia hier eine Vorbildfunktion, vor allem in Afrika südlich der Sahara einnehmen, insbesondere, wenn es um die Nutzung erneuerbarer Energien geht?

Ja, Kenia kann sich hier als führend hervortun. Allerdings besteht ein empfindliches Gleichgewicht zwischen der Förderung der sozio-ökonomischen Entwicklung und dem Umweltschutz. Hinzu kommen Probleme hinsichtlich Klimawandel und Rechtsstaatlichkeit, die die Gleichung verkomplizieren. Kenia hat jedoch die Chance, den besten Ansatz zu verfolgen. Möglicherweise müssen moderne Technologien sich erst durchsetzen, um ältere Technologien, wie die Stromerzeugung durch Kohle, langsam zu ersetzen.

In der Turkana Region im Norden Kenias wird weiter nach Öl gebohrt. Wie wird Kenia mit diesem Thema umgehen, wenn man bedenkt, dass die Verbrennung fossiler Brennstoffe Hauptverursacher der Zunahme der Treibhausgase ist, und, dass es ein weltweites Bestreben gibt, die Nutzung fossiler Brennstoffe zu minimieren?

Ich denke, die Ölförderung wird für die kenianische Wirtschaft, als Mittel zur

Sicherung der Energieversorgung, Priorität bleiben. Die Regierung wird die Ölförderung nicht abstellen. Zum Schutz der Umwelt werden Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) und Strategische Umweltprüfungen (SUP) durchgeführt. Dadurch wird sichergestellt, dass umweltfreundliche Technologien angewandt werden.

In Kenias Vision 2030 wird eine saubere und gesunde Umwelt für alle Kenianer angestrebt. Ist Kenia auf dem Weg dies zu erreichen?

Das ist schwer zu sagen. Rechtlich gesehen haben wir die dafür notwendigen Regeln formuliert und die entsprechenden Institutionen eingerichtet. Es fehlen jedoch noch gesetzliche Bestimmungen zur Luftreinhaltung oder verbindliche Verordnungen für sauberes Wasser. Dazu kommen Probleme im Rechtssystem, einschließlich Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von gerichtlichen Anordnungen. Eine zuverlässige Antwort ist, dass es noch viel zu tun gibt, um die bestehenden Rechtsnormen zu implementieren.